

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Ein Beitrag zur Globalen Verantwortung



Maria Eißer-Eibel

Land Steiermark

FA1E - Europa und Außenbeziehungen



**Das Land
Steiermark**

→ Entwicklungszusammenarbeit



INHALT

	Seite:
A. Einführung in das Thema Entwicklungszusammenarbeit	4 - 11
<ul style="list-style-type: none">• Gibt es Wege aus dem Labyrinth?• Was charakterisiert ein Entwicklungsland?• Die Suche nach den Ursachen• Von der Entwicklungshilfe zur Partnerschaft	
B. Europäische Entwicklungszusammenarbeit	12 - 13
<ul style="list-style-type: none">• Millenniumsentwicklungsziele	
C. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit	14
<ul style="list-style-type: none">• Struktur• Schwerpunkte	
D. Steirische Entwicklungszusammenarbeit	15 - 16
<ul style="list-style-type: none">• Prinzipien• Projektförderungen	
E. Initiative FAIR Styria	16 - 17
<ul style="list-style-type: none">• Fairtrade-Tag des Landes Steiermark• FAIRTRADE-Gemeinden• Faire öffentliche Beschaffung	
F. Schwerpunktthema ARMUT	18 - 30
<ul style="list-style-type: none">• Steirische Projekte und Initiativen	

Entwicklungsländer - Entwicklungszusammenarbeit Gibt es Wege aus dem Labyrinth der Armut?

Weltweit hungern über 815 Millionen Menschen, 600 Millionen Erwachsene können nicht lesen und schreiben, Kriege erschüttern Afrika und die Armut in den Ländern der Dritten Welt nimmt weiter zu. Seit in den 50er Jahren Entwicklungspolitik und -hilfe zur internationalen Aufgabe wurden, hat sich die Situation der Bevölkerung in den Entwicklungsländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens nur wenig verbessert. Warum ist der Weg aus der Armut so schwer? Hat Entwicklungshilfe überhaupt einen Sinn? Und gibt es dennoch Hoffnung für die Zukunft? Einige Antworten auf diese und andere Fragen geben die folgenden Seiten.

Fünf Welten in der einen Welt -Wie die politischen Umbrüche der 90er Jahre die Einteilung der Welt veränderten

In den 50er und 60er Jahren wurde die Welt aufgeteilt in eine Erste, Zweite und Dritte Welt. Die Erste Welt bildeten die Länder Nordamerikas, Westeuropas, Japan, Australien und Neuseeland, die Zweite umfasste die damaligen Ostblockstaaten und die Dritte Welt war der Sammelbegriff für die sogenannten Entwicklungsländer. Um den wachsenden Unterschieden zwischen den Entwicklungsländern gerecht zu werden, gliederten ab den 70er Jahren Organisationen wie Weltbank und UNO die Dritte Welt in weitere drei Ländergruppen auf. Während die Weltbank seitdem Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen, mittlerem Einkommen und Ölexporteur mit hohem Einkommen unterscheidet, bildete die UNO die zwei zusätzlichen Gruppen Least Developed Countries (am wenigsten entwickelte Länder) und Newly Industrializing Countries (Schwellenländer).



Erste Welt	Dritte Welt
■ Industrieländer	■ Schwellenländer (Newly Industrializing Countries)
Zweite Welt	■ ärmste Länder (Least Developed Countries)
■ ehemalige Ostblockstaaten	■ übrige Entwicklungsländer

Diese Einteilung der Fünf Welten wird bis heute verwendet. Doch sie ist angesichts der weltwirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den 90er Jahren überholt. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gibt es die Zweite Welt eigentlich nicht mehr, selbst wenn diese Länder oft noch als eigene Gruppe unter Titeln wie "ehemalige kommunistische Länder" oder "Transformationsländer" geführt werden.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verband sich die Hoffnung, dass dies auch positive Auswirkungen auf die

Entwicklungsländer haben und ihnen weltpolitisch eine größere Bedeutung zukommen würde. Das internationale politische Gewicht hat sich jedoch auch nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Länder nicht in Richtung Dritte Welt verschoben. Nach wie vor bestimmen in erster Linie die Beziehungen der Industriestaaten untereinander das politische Geschehen, hinzu kommt die krisenhafte Entwicklung der ehemaligen Ostblockstaaten. Sie sind zum Empfänger hoher finanzieller Hilfen der westlichen Staaten und damit zu Konkurrenten der Entwicklungsländer geworden. Dennoch wird mit zunehmender Globalisierung klar, dass sich alle Welten in der einen

Welt befinden und in gegenseitiger Abhängigkeit leben. **Zwei Drittel aller Staaten** zählen zu den **Entwicklungsländern**. In ihnen leben **vier Fünftel der Weltbevölkerung**, sie erbringen aber **nur ein Fünftel der Weltwirtschaftsleistung**. Entsprechend groß ist ihre Abhängigkeit von den Industrienationen, aber auch ihre Bedeutung für die gesamte Welt.

Alarmierend ist auch die wachsende Kluft zwischen den Entwicklungsländern selbst. Während die Schwellenländer, die sich fast ausschließlich auf Lateinamerika und Süd-Ost-Asien konzentrieren, auf eine zunehmende Industrialisierung verweisen können, scheint Afrika, wo über die Hälfte aller Länder zu den ärmsten Entwicklungsländern zählen, in immer tiefere Armut zu versinken.

Was charakterisiert ein Entwicklungsland?

Die Merkmale und die Probleme bei der Definition

Der Begriff Entwicklungsländer ist nicht unumstritten. Selbst wenn er in den 50er Jahren verwendete und weitaus problematischere Bezeichnungen wie "rückständig", "nicht entwickelt" oder "unterentwickelt" ablöste, ist auch dieser Ausdruck wertend. Auch er setzt letztlich die Länder Westeuropas und Nordamerikas mit hochentwickelt und fortschrittlich gleich und gibt damit die Richtung für die "Entwicklung" vor. Dennoch sind Begriffe wie Entwicklungsländer und Dritte Welt seit Jahrzehnten gebräuchlich und daher auch weithin akzeptiert.

Ebenso uneinig sind sich Entwicklungspolitiker über die Merkmale von Entwicklungsländern. Bis heute gibt es keine einheitliche Definition des Begriffes. Als wichtigstes Kennzeichen wird oft das Pro-Kopf-Einkommen herangezogen. Doch der Grundsatz desto weniger, desto ärmer gilt hierbei nicht. Das statistische Einkommen hat letztlich nur einen begrenzten Aussagewert. Es berücksichtigt kaum Bereiche wie Selbstversorgung und informelle Arbeit, von denen viele Einwohner in der Dritten Welt leben. Auch die sozialen und politischen Erscheinungen des Landes sind nicht erkennbar. Es gibt daher eine Reihe von weiteren Merkmalen die für die Charakterisierung von Entwicklungsländern entscheidend sind.

Eine hohe Arbeitslosenquote, viele Beschäftigte in der Landwirtschaft und ein überbesetzter Dienstleistungssektor sind typische Kennzeichen. Die Landwirtschaft hat einen

sehr hohen Anteil am Bruttosozialprodukt. Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe stehen bei vielen Entwicklungsländern deshalb ganz oben in der Exportliste. Teure Fertigprodukte dagegen wie Maschinen müssen importiert werden, was zusammen mit den Krediten der Entwicklungsbanken zu einer hohen Auslandsverschuldung führt. Eine unzureichende Infrastruktur sowie fehlende Fachkräfte behindern zudem den Ausbau der Wirtschaft.

Ein weiteres wichtiges Merkmal von Entwicklungsländern ist ein hohes Bevölkerungswachstum. Wenn die Erdbevölkerung in jeder Minute um 120 Menschen wächst, so werden 96 der neuen Erdenbürger in Entwicklungsländern geboren. Zurückzuführen ist dies auf eine hohe Geburtenrate, bei einer durch den medizinischen Fortschritt gleichzeitig sinkenden Sterberate. Die medizinische Versorgung selbst ist trotz erheblicher Verbesserungen nach wie vor unzureichend. Eine niedrige Lebenserwartung und eine hohe Kindersterblichkeit sind die Folge. Ebenso charakteristisch ist ein schlecht ausgebautes Bildungssystem, sodass viele Menschen in den Entwicklungsländern nicht lesen und schreiben können. Viele Einwohner versuchen in der Stadt einen Weg aus der Armut zu finden. Die Verstädterung in den Ländern der Dritten Welt hat daher in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat. Hinzu kommen oftmals politische Instabilität, Korruption und gewalttätige Konflikte.

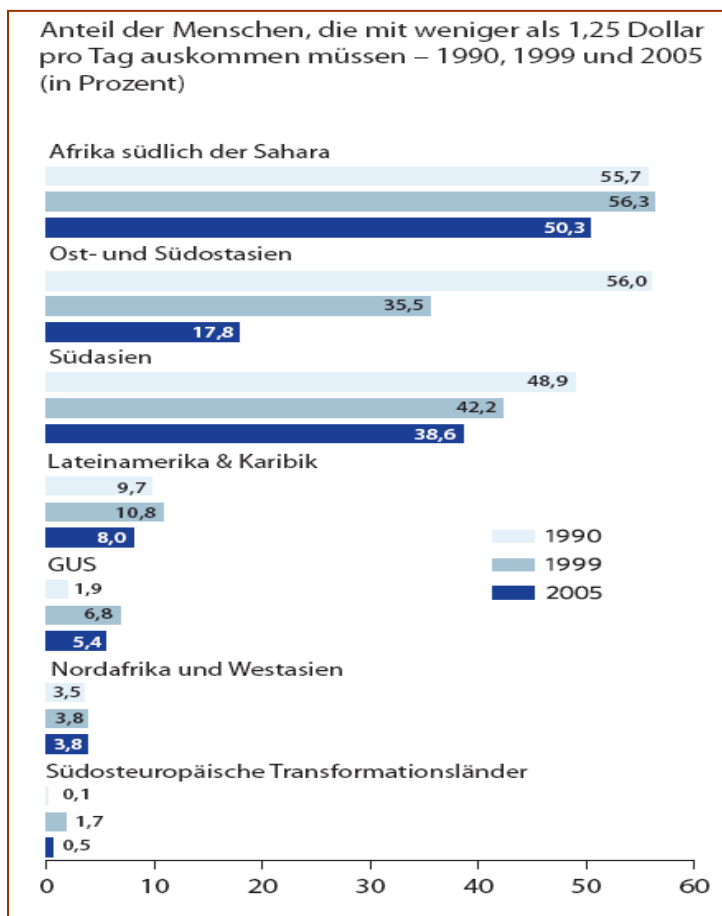
Wie misst man Armut?

Es gibt verschiedene Ansätze, um Armut zu messen. Der **Human Poverty Index** (UNDP-Report über die menschliche Entwicklung 1997) beispielsweise benutzt grundlegende Indikatoren des Mangels (geringe Lebenserwartung, das Fehlen von grundlegender Bildung und das Fehlen von Zugang zu öffentlichen und privaten Mitteln) und zeigt dadurch auf, dass menschliche Armut mehr ist als über das Einkommen definierte Armut.

Die Bewertungsmethode der **Kaufkraftparität** misst die extreme Armut in den Entwicklungsländern an einem Standard, dem die Armutsgrenzen in den ärmsten Ländern der Welt zugrunde liegen. Die internationale Armutsgrenze, die ursprünglich bei 1 Dollar pro Tag in Preisen von 1985 lag, wurde später auf 1,25 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag angehoben. Die Idee dahinter ist, dass Güter weltweit zu gleichen Preisen gehandelt werden oder in anderen Worten, dass ein Euro in jedem Land die gleiche Kaufkraft hat.

Aktuelle Lage

Zwischen 1990 und 2005 konnte die Zahl der Menschen, die von **weniger als \$ 1,25 pro Tag** leben, von 1,8 Milliarden auf **1,4 Milliarden** gesenkt werden. In den einzelnen Regionen wurden jedoch ungleiche Fortschritte erzielt. In Ost- und Südostasien konnte die extreme Armut drastisch reduziert und die Zielvorgabe bereits 2005 erreicht werden. Der Hauptgrund dafür liegt im raschen Wirtschaftswachstum Chinas, wo 475 Millionen Menschen der Armut entfliehen konnten.



Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, soll um die Hälfte gesenkt werden.

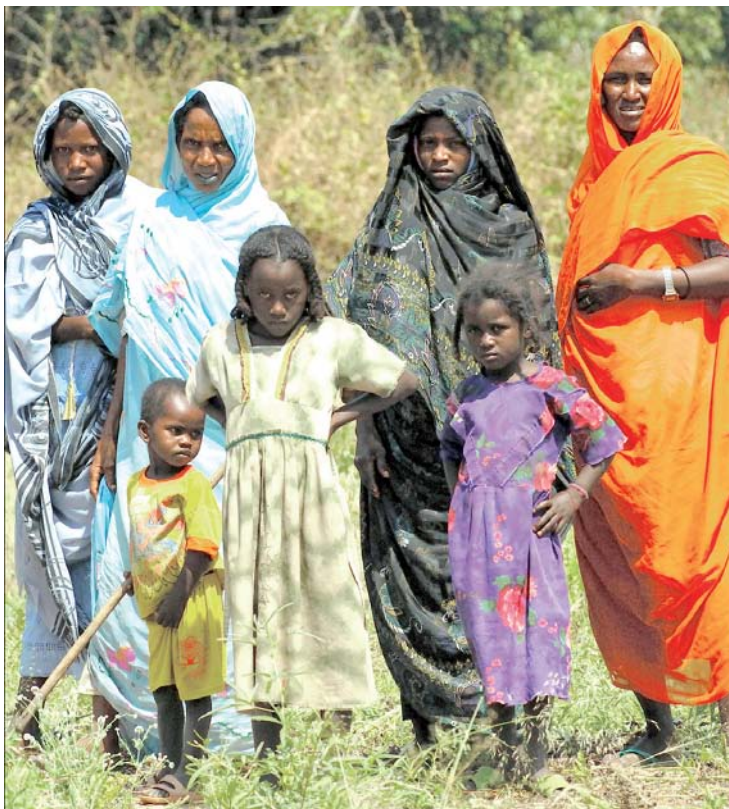
UN-Millenniumsentwicklungsziel (MDG 1)

Für Armut anfällige Gruppen

Das weltweite Phänomen der Armut betrifft vor allem **Frauen, Kinder und Minderheiten**. Frauen werden in vielen Wirtschaftssparten männlichen Arbeitnehmern vorgezogen, da sie als „fügsame **Arbeitskräfte**“ angesehen werden. In vielen Gemeinschaften besitzen oder kontrollieren Frauen kein Land, Wasser, Eigentum und andere Ressourcen und sehen sich mit sozialen und kulturellen Barrieren für die Realisierung ihrer Menschenrechte konfrontiert. Darüber hinaus ist die meiste Frauenarbeit undokumentiert und unbezahlt.

Den **von Armut betroffenen Kindern** wird die Möglichkeit, ihr volles menschliches Potential auszuschöpfen genommen und sie sind verwundbarer für Gewalt, Menschenhandel, Ausbeutung und Misshandlung. Ein weiteres Problem ist, dass eine große Kinderzahl oft ein zusätzlicher Grund für Armut ist und durch die rapide Urbanisierung, die Zahl der Straßenkinder wächst.

In ländlichen Gebieten werden **rassische, ethnische, religiöse und andere Minderheiten**, die einen großen Teil der Besitzlosen oder Kleingrundbesitzer darstellen, oft gezwungen, ihre Würde für schlechte Bezahlung aufzugeben. Kinder werden, anstatt in die Schule zu gehen, zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen wie beispielsweise in der Müllaufbereitung, Lederindustrie oder Landwirtschaft gezwungen.



Die Suche nach den Ursachen

Warum es vielen Entwicklungsländern nicht gelingt, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen

Es gibt eine Vielzahl von Theorien, die versuchen die Armut in der Dritten Welt zu erklären. In den **50er und 60er Jahren** war die **Modernisierungstheorie** verbreitet. Sie sieht die Ursachen in den Entwicklungsländern selbst, insbesondere in den traditionellen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen. Die Vertreter der Theorie **glauben**, dass auch die **Industrieländer einmal eine „Entwicklungslandphase“ durchlaufen** haben und der **Ausweg** liegt demnach in einer **nachholenden Entwicklung** durch schnellen Aufbau der Industrie. Kritiker verwiesen schon früh auf das falsche Bild von Tradition und die Fixierung auf das Wirtschaftssystem der Industrieländer als Leitbild. Ende der 60er Jahre scheiterte die Theorie schließlich an den ersten Berichten zur Lage in den Entwicklungsländern. Die Armut in der Dritten Welt nahm – trotz erster Industrien – weiter zu.

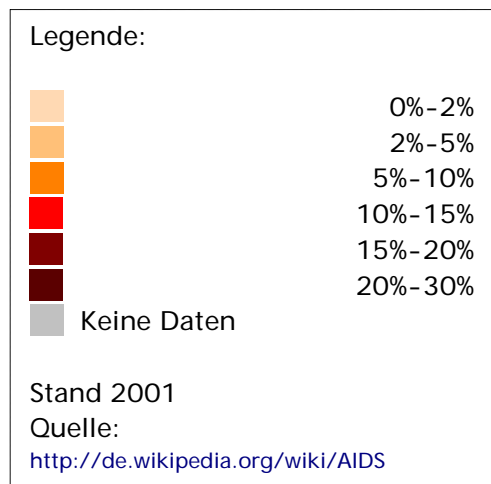
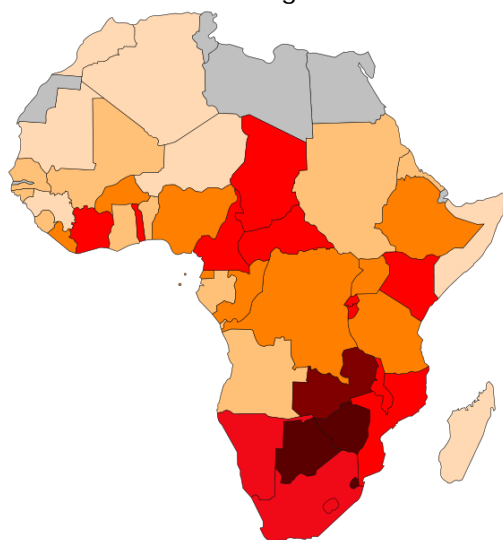
Zeitgleich meldeten sich in Lateinamerika mit der **Dependenztheorie** erstmals Vertreter aus den Entwicklungsländern selbst zu Wort. Ihre **Theorie erklärt die Ursachen** mit einer **von außen fehlgeleiteten Entwicklung**. Die Unterentwicklung, so die Anhänger dieses Ansatzes, wäre daher eine **Folge der gewachsenen Abhängigkeit durch Kolonialismus** und Übernahme der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Dependenztheorie wurde schnell vor allem von Vertretern der Entwicklungsländer aber auch den Ländern des Ostblocks übernommen. Eine Lösung für alle Probleme der Entwicklungsländer stellte aber auch diese Theorie nicht dar.

Bis in die 80er Jahre hinein hat die Frage nach den Ursachen immer wieder zu heftigen Diskussionen auf politischer Ebene geführt. Inzwischen ist die Situation entspannter, was sicher auch auf das Ende des Ost-West-Konflikts zurückzuführen ist. Doch es bleibt die Frage, warum es trotz konstanter nationaler Entwicklungspolitik und internationaler Entwicklungszusammenarbeit in vielen Ländern bis heute nicht gelungen ist, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Die **Ursachen sind letztlich vielfältig** und die **Hemmnisse** liegen **sowohl in den Entwicklungsländern als auch in ihrer internationalen Stellung**.

So bremst innerhalb der Dritten Welt vor allem das **hohe Bevölkerungswachstum** positive Wirkungen. Die absolute Wirtschaftsleistung von Entwicklungsländern ist in den vergangenen Jahrzehnten durchaus gestiegen. Doch das Geld muss sich auf immer mehr Einwohner verteilen, so dass die Armut eher zunimmt. Zudem fließen viele Gelder der Staatshaushalte und aus Entwicklungskrediten in falsche Richtungen. **Korruption** ist weit verbreitet und auch **kriegerische Konflikte** und die damit verbundene **Aufrüstung** verschlingen Unsummen.

In den nächsten Jahren wird vor allem die **AIDS-Problematik** die Bekämpfung der Armut behindern. In der Dritten Welt lebt der größte Teil der HIV-Infizierten. Allein 20 Millionen Afrikaner sind HIV positiv. Die UNO schätzt, dass bei einer weiteren Verbreitung in fünf Jahren täglich 13.000 Menschen in Afrika an den Folgen der Krankheit sterben werden. Für die betroffenen Staaten könnte dies einen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten.

Im **südlichen Afrika** ist die AIDS-Rate am höchsten. Die Rate der schwangeren HIV-Infizierten unter 20 Jahren ist in Südafrika auf 15,4 Prozent gesunken (1998: 21 Prozent); dies bedeutet, dass Aufklärungsprogramme langsam Erfolge zeigen. Jedoch sind die AIDS-Raten bei älteren Frauen immer noch sehr hoch. 32 Prozent der Frauen zwischen 24 und 29 Jahren sind derzeit mit der Krankheit infiziert. Insgesamt sind 20 Prozent der Bevölkerung Südafrikas mit HIV infiziert. Das Land mit der weltweit höchsten AIDS-Rate ist das benachbarte Swasiland, wo 2005 42 Prozent der Bevölkerung infiziert waren.



Äußere Ursachen für Armut und Unterentwicklung:

Die äußeren Ursachen gehen bis in die **Kolonialzeit** zurück. Fast alle Länder der Dritten Welt, Ausnahmen sind zum Beispiel Äthiopien und Liberia, waren Kolonien. Sie wurden durch die Kolonialmächte für eine **lange Zeit ihrer politischen, ökonomischen und kulturellen Unabhängigkeit beraubt**. Die Folgen und Abhängigkeiten wirken bis heute nach. Dennoch bleibt umstritten, ob es sich hier um eine Hauptursache handelt. Kritiker verweisen auf die unterschiedliche Entwicklung beispielsweise der britischen Kolonien wie Australien, Singapur, Indien und Uganda.

Nicht zuletzt müssen wohl auch natürliche Ursachen für die Armut hinzugezogen werden. Viele Länder der Dritten Welt liegen in den Tropen und Subtropen. In den **Trockenzonen** werden Dürren zum Problem und im anderen Extrem der immer feuchten Tropen sind die Böden ohne das Ökosystem Regenwald unfruchtbar.

Aus reich mach arm

Wie der Krieg um Rohstoffe Potentiale ruiniert

Beispiel Nigeria:

Nigeria ist ein reiches Land, trotzdem leben 45 Prozent der Einwohner unterhalb der Armutsgrenze. Zwei Aussagen, die nicht zu einander passen wollen. Das Land im Westen Afrikas verfügt über enorme Vorkommen an Erdöl. Als Nigeria 1960 die Unabhängigkeit erhielt, galt es daher als das Land mit dem höchsten Entwicklungspotential in Afrika. Auch wenn Nigeria heute an zehnter Stelle der Erdöl fördernden Länder steht, an den Profiten verdienen seit Jahrzehnten hauptsächlich die großen Ölkonzerne und die jeweiligen Machthaber des Staates. Und weil viele Einheimische erkennen, dass es was zu holen gibt, wird seit Jahrzehnten um die Macht im Land gekämpft.

Bereits 1967 endete dieser Kampf in einem blutigen Bürgerkrieg zwischen zwei der größten Völker Nigerias. Der dreijähri-

ge Krieg forderte etwa eine Million Todesopfer und bescherte Nigeria eine der größten Armeen Schwarzafrikas. Sechs Militärdiktaturen waren seither an der Macht unterbrochen nur von einer kurzen Phase einer demokratischen Regierung Anfang der 80er Jahre. Und alle Diktatoren ließen viel Geld aus den Einnahmen der Ölförderung in die eigenen und die Taschen ihrer Gefolgsleute fließen. Die Bevölkerung hingegen profitiert bis heute nur wenig vom Reichtum des Landes. Sie haben zudem mit den ökologischen Folgen des Ölgeschäfts im Nigerdelta zu kämpfen. Als Anfang der 90er Jahre mit dem Stamm der Ogoni erstmals eine kleines Volk aufbegehrt und Forderungen an die Regierung und die Konzerne stellte, wurde ihr Aufstand blutig niedergeschlagen und ihre Anführer ermordet.

Nigeria ist kein Einzelfall. Laut Heidelberger Institut für Konfliktforschung gibt es **weltweit 144 Konflikte**, von denen **zwölf als Kriege und weitere 24 als gewaltsame Krisen** eingestuft wurden. Von diesen 36 Konflikten wurden nur zwei nicht in Entwicklungsländern ausgetragen. Besonders betroffen ist Afrika, allein zwei Drittel aller Kriege fanden 2000 hier statt. Der Krieg trifft die Bevölkerung hart, **zwei Millionen Menschen sind auf der Flucht**. Viele leiden an Hunger und die Wirtschaft des Landes liegt brach. So schüren Rohstoffe in den Entwicklungsländern und besonders in Afrika oft Konflikte, obwohl sie eigentlich das Potential für ein Land bilden.

Export von Rohstoffen und Import von Fertigwaren Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer auf dem weltweiten Handelsmarkt

Seit der **Kolonialzeit** sind die Entwicklungsländer in **internationale Handelsbeziehungen** eingebunden. Die Ausprägung jedoch ist **einseitig**, der größte Teil des Warenaustausches kommt den **Industrielländern** zu Gute. Als die Kolonialmächte die Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas erschlossen, ging es hauptsächlich darum, sich den **Zugriff auf Rohstoffe** zu sichern und auf großen Plantagen Kaffee, Kakao oder Bananen für den Markt in Europa anzubauen. Die Rohstoffe und pflanzlichen Produkte wurden nach Europa verschifft und dort verarbeitet.

Bis **heute** hat sich an dieser Struktur nur wenig geändert. Es gibt zwar auch unter in den Entwicklungsländern - hauptsächlich in Lateinamerika und Süd-Ost-Asien - Staaten mit **exportorientierter industrieller Produktion**, aber dabei handelt es sich meist um **Schwellenländer** und vor allem nutzen ausländische Firmen meist die dort billigen Löhne aus.

Für die weiterhin vornehmlich Rohstoff exportierenden Länder hat sich die Situation in den letzten zwanzig Jahren dagegen noch weiter verschlechtert. Seit den **80er Jahren** ist ein zunehmender **Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt** zu verzeichnen. Die Preise unterliegen starken Schwankungen und die Einnahmen sind so nur schwer zu kalkulieren. Mit den Erlösen müssen die **Entwicklungsländer** jedoch die Fertigwaren und Technologieprodukte der Industrieländer kaufen, die sie für den Aufbau der Wirtschaft im eigenen Land benötigen. Dieses immer **ungünstiger werdende Verhältnis zwischen Export- und Importpreisen**, führt schließlich dazu, dass viele Entwicklungsländer **Kredite** aufnehmen müssen, entweder bei privaten Banken oder bei den großen Entwicklungsbanken bzw. der Weltbank. Zu den Importausgaben kommen dann zusätzlich Zinsen und Tilgungsraten, die vom geringen Landesbudget bestritten werden müssen. Viele Entwicklungsländer sind in-

zwischen so **hoch verschuldet**, dass sie ihre Kredite nie zurückzahlen können. Auf dem Kölner Gipfel 1999 einigten sich die sieben führenden Industrieländer daher darauf, 36 hoch verschuldeten Länder einen Großteil ihrer Schulden zu erlassen, unter ihnen Bolivien, Tansania und Mauretanien. Die Entschuldung ist an Auflagen gebunden, damit die freiwerdenden Mittel vorrangig in die Bereiche Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und Landwirtschaft fließen.

Vielleicht noch **wichtiger als der Schuldenerlass** ist es, **langfristig die Abhängigkeit von den Industrienationen zu verringern**. Das heißt vor allem, dass einheimische Rohstoffe schon im Land verarbeitet und internationale Handelshemmnisse wie hohe Einfuhrzölle abgebaut werden.

Die **Kleinbauern** in Entwicklungsländern hatten früh begonnen auf ihren meist sehr kleinen Feldern **Exportprodukte** anzubauen. Vielfach wurden dabei traditionelle Anbautechniken und teilweise sogar die **Bewirtschaftung zum Eigenbedarf aufgegeben**. Als in den 80er Jahren die Rohstoffpreise fielen, standen sie vor dem Ruin.

Auf der Suche nach Auswegen wurde **1991** die **Organisation TransFair in Deutschland** gegründet. Sie versucht große Handelsketten für einen fairen Welthandel zu gewinnen. Zunächst nur auf Kaffee beschränkt, hat sich die Palette der einbezogenen Produkte inzwischen stark erweitert. Bananen, Kakao, Kaffee etc. werden zu festgelegten Bedingungen von den Kleinbauern erzeugt und zu höheren als den Weltmarktpreisen gehandelt. So sollen die Bauern beispielsweise ökologisch nachhaltigen Anbau praktizieren. Auch in **Österreich** passiert dies seit **1997** mit dem sehr bekannten **Fairtrade-Zeichen**.

Entwicklungszusammenarbeit

Von der Entwicklungshilfe zur Partnerschaft

Seit den 50er Jahren ist Entwicklungshilfe zu einem wichtigen Thema der internationalen Politik geworden. Auch dieser Begriff ist umstritten, deutet er doch auf eine gewisse Einseitigkeit hin. Heute spricht man daher von **Entwicklungszusammenarbeit** oder **Entwicklungspartnerschaft**. Bis in die 60er Jahre hinein versuchte man, ausgehend von der Modernisierungstheorie, durch **Technologietransfer und Industrialisierung die Wirtschaft anzukurbeln**. Projekte richteten sich dabei häufig einseitig auf möglichst prestigeträchtige und große Industrievorhaben. Die **Landwirtschaft wurde vernachlässigt** und nur ein geringer Teil der Bevölkerung profitierte von den Maßnahmen. Ab den 70er Jahren ging es daher darum, Grundbedürfnisse der Bevölkerung wie Ernährung, Gesundheit und Bildung in den Griff zu bekommen. Aufgrund des zunehmenden Bevölkerungswachstums konnten jedoch auch hier nur wenig Erfolge erzielt werden.

Lange Zeit wurden in die Entwicklungsprojekte meist **ausschließlich Männer** einbezogen. Erst Ende der 70er Jahre wurde deutlich, dass damit insbesondere Maßnahmen im Bereich der **Feldarbeit und im Haushalt** häufig ihr Ziel verfehlten, da dies **traditionell Arbeitsbereiche**

der Frauen sind. Sie **sichern letztlich das Leben und Überleben der Familien**. In der Konsequenz richteten sich Projekte zukünftig vielfach an Frauen mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Situation. Außerdem konzentrierten sich Projekte nicht mehr, wie in den Jahren zuvor, nur einseitig auf einen Bereich, sondern beziehen viele Aspekte mit ein.

In den 80er Jahren fanden Schlagworte wie **Politikdialog, Entstaatlichung und Privatisierung** Einzug in die Entwicklungspolitik. An die Vergabe von Krediten knüpften sich zukünftig Bedingungen, die sich auf politische und wirtschaftliche Reformen in den Entwicklungsländern bezogen. Zum Ende des Jahrzehnts rückten dann **zunehmend Umweltaspekte** in den Blickpunkt. Die **"Konferenz für Umwelt und Entwicklung" 1992 in Rio de Janeiro** erarbeitete schließlich mit der Agenda 21 ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm, dass sowohl von Entwicklungs- wie Industrieländern Initiative in Richtung nachhaltiger Entwicklung fordert.

Zwei Formen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA):

Multilaterale EZA

ist definiert als Hilfe einer Internationalen Organisation, die ihre Mittel entweder von ihren Mitgliedsländern oder über die Mitgliedsbeiträge aus dem Haushalt der UNO erhält und diese nach eigener Geschäftspolitik an Entwicklungsländer weiterleitet. An der Gestaltung dieser Geschäftspolitik kann jedes Land mit seiner Stimme in den entsprechenden Entscheidungsgremien mitwirken. Multilaterale EZA wird geleistet durch die **entwicklungspolitischen Einrichtungen im System der Vereinten Nationen** (z.B. UNDP, UNIDO, UNICEF, FAO, WHO, ILO etc.) und durch die **Weltbankgruppe** und **regionale Entwicklungsbanken**.

Bilaterale EZA

wird zwischen zwei Partnerländern vereinbart und wird oft als effizienter, besser überschaubar und besser kontrollierbar angesehen. Die Herkunft der Mittel ist erkennbar.

Europäische Entwicklungszusammenarbeit

Die **Europäische Union - Kommission und Mitgliedsstaaten gemeinsam** - ist mit einem Anteil von **60 Prozent weltweit der größte Geber** von Entwicklungshilfeleistungen.

Vorrangige **Ziele der EU-Entwicklungspolitik** sind Armutsbekämpfung, gute Regierungsführung und die Förderung von Menschenrechten und Demokratie).



Foto: Europäische Union

Gemeinsam gegen globale Armut

Um die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu verwirklichen, hat sich die **EU im Jahr 2005 selbst verpflichtet**, den Durchschnitt der Entwicklungshilfe-Budgets aller Mitgliedsstaaten bis 2010 auf 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Österreich teilt die Ziele der europäischen Entwicklungspolitik und trägt maßgeblich zu deren Umsetzung bei. Seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 wird ein Großteil der österreichischen Ausgaben für multilaterale Entwicklungszusammenarbeit über die Europäische Union abgewickelt.

Europäischer Konsens

Im Dezember 2005 verabschiedete der **Europäische Rat eine gemeinsame Erklärung von Rat, Parlament und Kommission zur Entwicklungspolitik**. Im Europäischen Konsens werden die Entwicklungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten optimal aufeinander abgestimmt und gemeinsame, für EU-Kommission und Mitgliedsstaaten gleichermaßen geltende Grundsätze etabliert. Die Vereinbarungen der EU auf den großen Weltkonferenzen (Monterrey 2002, Johannesburg 2002, Reformgipfel 2005, Accra 2008, New York 2008 und Doha 2008) lassen bereits Konturen einer - erfolgreichen - gemeinsamen Entwicklungspolitik erkennen. Diese ist unter Betonung der „3 Ks“ - Koordination, Komplementarität und Kohärenz - im EU-Konsens für Entwicklungspolitik des Jahres 2005 festgeschrieben. Die **wichtigsten Themen in Umsetzung der „3Ks“** werden folgende sein:

- Harmonisierung und Arbeitsteilung
- Entwicklungspolitische Kohärenz
- Schwerpunkt Afrika
- Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
- Frauen in bewaffneten Konflikten und Friedensprozessen
- Migration
- EZA-Volumen
- Infrastruktur-Treuhandfonds
- EU-Energiefazilität
- EU-Wasserfazilität
- EU-Nachbarschaftsinfrastrukturfonds

EZA-Budgetmittel der EU im Zeitraum 2007-2013

Die Gelder für EZA-Maßnahmen der Europäischen Union stammen sowohl aus dem EU-Budget als auch dem **Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)**. Dieser Fonds wird nach einem speziellen Finanzierungsschlüssel aus **Beiträgen der Mitgliedstaaten** dotiert. Die Unterstützungen werden hauptsächlich in Form von Zuschüssen für Sektorprogramme, Schuldenstreichungen, Integration etc. bereitgestellt. Ein kleinerer Teil dient zur Stützung von Krediten, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) verwaltet werden. Dies fördert private In-

vestitionen. Die EU-Hilfe an „Nicht-AKP-Staaten“ sowie thematische Entwicklungsprogramme (z.B. Nichtstaatliche Akteure, Umwelt, Nahrungsmittelsicherheit), die allen Entwicklungsländern offen stehen, werden aus dem **Budget der EU** finanziert. Die „EU als globaler Partner“ sieht für den Zeitraum **2007-2013 insgesamt 49,5 Mrd. Euro** für Entwicklungszusammenarbeit vor, dies entspricht **5,7 % des Gesamtbudgets**. Katastrophenhilfe und humanitäre Maßnahmen werden zusätzlich dotiert.

UN-Millenniumsentwicklungsziele

Im September 2000 haben sich alle Mitgliedsstaaten der UNO auf **acht Entwicklungsziele** – die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) geeinigt, um **eine zukunftsfähige und nachhaltige Weltentwicklung** zu gewährleisten. Reiche und arme Länder verpflichteten sich darin, alles daran zu setzen, die Armut radikal zu reduzieren, die menschliche Würde und Gleichberechtigung zu fördern und Frieden, Demokratie und ökologische Zusammenarbeit zu verwirklichen. Die Staats- und Regierungschefs haben sich erstmals auf genau definierte Ziele und einen Zeitplan bis 2015 festgelegt.



MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers: Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, soll um die Hälfte gesenkt werden. Der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, soll um die Hälfte gesenkt werden.



MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Primärschulbildung: Alle Jungen und Mädchen sollen eine vollständige Grundschulausbildung erhalten.



MDG 3: Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen: In der Grund- und Mittelschulbildung soll bis zum Jahr 2005 und auf allen Ausbildungsstufen bis zum Jahr 2015 jede unterschiedliche Behandlung der Geschlechter beseitigt werden.



MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit: Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren soll um zwei Drittel gesenkt werden.



MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern: Die Müttersterblichkeit soll um drei Viertel gesenkt werden.



MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten: Die Ausbreitung von HIV/Aids soll zum Stillstand gebracht und zum Rückzug gezwungen werden. Der Ausbruch von Malaria und anderer schwerer Krankheiten soll unterbunden werden.



MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung sollen in der nationalen Politik übernommen werden; dem Ver-

lust von Umweltressourcen soll Einhalt geboten werden. Die Zahl der Menschen ohne Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, soll halbiert werden. Bis zum Jahr 2020 sollen wesentliche Verbesserungen in den Lebensbedingungen von zumindest 100 Millionen Slumbewohnern erzielt werden.



MDG 8: Sicherung der ökonomischen Nachhaltigkeit: Ein offenes Handels- und Finanzsystem, das auf festen Regeln beruht, vorhersehbar ist und nicht diskriminierend wirkt, soll weiter ausgebaut werden. Auf die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder muss entsprechend eingegangen werden. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend und wirksam behandelt werden, damit ihre Schulden auf lange Sicht tragbar werden.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) ist Teil der österreichischen Außenpolitik. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) ist daher für die strategische Ausrichtung der OEZA verantwortlich.

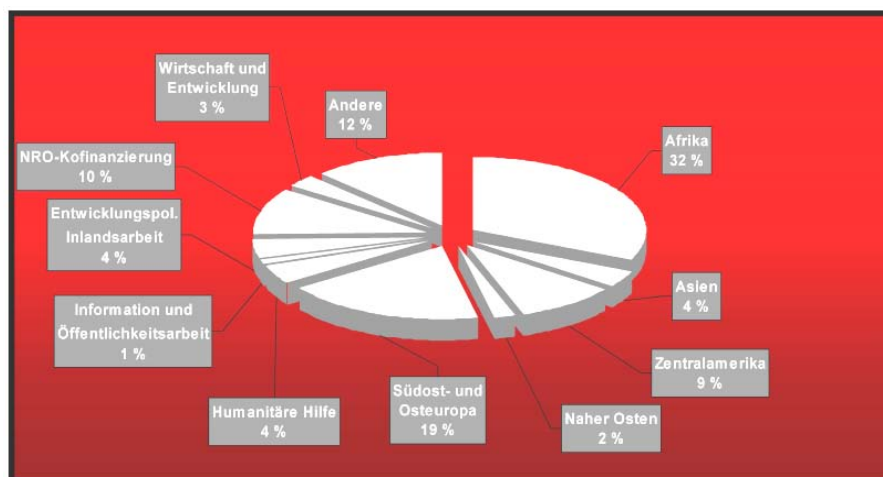
Im Dialog mit den Partnerländern sowie mit der **Austrian Development Agency (ADA)**, dem Unternehmen der OEZA, arbeitet das **Außenministerium** Programme aus und legt im **Dreijahresprogramm** die **entwicklungspolitischen Positionen Österreichs** fest. Darin werden die Grundlagen der österreichischen Entwicklungspolitik auf Basis der internationalen Verpflichtungen und des österreichischen Entwicklungszusammenarbeits-Gesetzes festgeschrieben.

OEZA-Leistungen 2008

Österreich erreichte 2008 mit seinen ODA-Leistungen einen Platz im **Mittelfeld** der DAC-Staaten. Mit **0,42% seines Bruttonationaleinkommens (BNE)** an Auszahlungen positionierte sich Österreich zwischen Finnland und der Schweiz und erzielte exakt den **Durchschnittswert aller DAC-Mitglieder** der EU. Aufgrund geringerer Entschuldungsmaßnahmen verzeichnete die öffentliche Entwicklungshilfeleistung Österreichs gegenüber 2007 (0,50% des BNE) jedoch einen Rückgang. **Positiv** anzumerken ist, dass die Austrian Development Agency, die österreichische Entwicklungsagentur, **2008 mit 105 Mio. Euro** um rund **10 Millionen Euro mehr** für konkrete Programme und **Projekte** in den Partnerländern ausgab als noch im Jahr zuvor.

Aus den multilateralen Budgets des Finanzministeriums und des Außenministeriums wurden ebenfalls erhöhte Mittel an Programme und Fonds in den Partnerländern ausgezahlt. Insgesamt belief sich die **österreichische ODA**, d.h. die **Leistungen aller Ministerien, Länder und Gemeinden**, im Jahr 2008 auf 1,681 Milliarden US-Dollar (**1,165 Mrd. Euro**) - das sind **0,42% des BNE** (Quelle: DAC-Bericht der OECD). Österreichs finanzieller **Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit der EU** stellt einen der größten Einzelposten der OEZA dar (**2007: 190 Mio. Euro**, d.s. 14 % der gesamten ODA Österreichs

Gemäß des Regierungsprogramms der Österreichischen Bundesregierung 2007 - 2010 bekennt sich die Regierung zu den Beschlüssen des EU - Rates, wonach bis 2010 ein Anteil von 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens



für OEZA-Leistungen verwendet werden sollen.

Schwerpunktländer der OEZA:

Nicaragua, Kap Verde, Burkina Faso, Äthiopien, Uganda, Mosambik, Bhutan, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Montenegro, Moldau sowie die Palästinensischen Gebiete.

Thematische Schwerpunkte der OEZA:

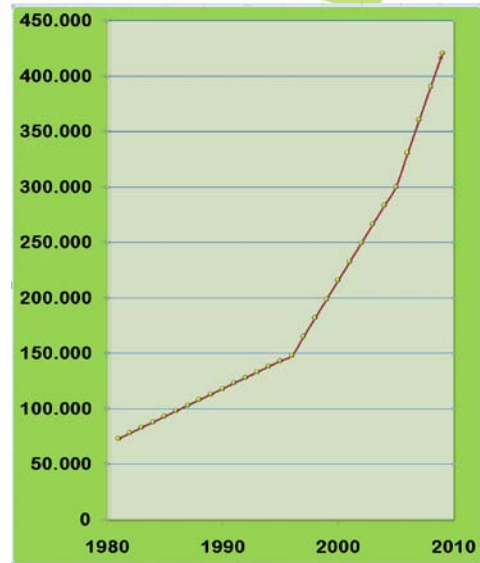
Wasser und Siedlungshygiene, Ländliche Entwicklung, Energie, Privatsektor-Entwicklung, Bildung und Wissenschaft, Governance. Weitere Schwerpunkte der ADA sind Globales Lernen, Interkultureller Dialog, Menschenrechte, Wirtschaftsethik/CSR, Umwelt und Klimawandel.

Das Land Steiermark unterstützt seit beinahe **30 Jahren** Projekte und Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit. Bereits im **Jahr 1981** hat die Steiermärkische Landesregierung

- einen eigenen Budgetansatz für EZA eingerichtet,
- einen „Beirat für Fragen der Dritten Welt“ als beratendes Organ bestellt und
- die Position eines EZA-Referenten innerhalb der Landesverwaltung geschaffen (*dz. in der Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen*).

Budgetentwicklung:

1981 standen 1 Mio. Schilling (rd. 70.000 Euro) zur Verfügung, nach einer kontinuierlichen Erhöhung liegt das EZA-Budget im Jahr 2010 bei 450.000 Euro.



Global Marshall Plan

Ausrichtung der steirischen EZA:

Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Steiermark orientiert sich hinsichtlich ihrer generellen Ausrichtung an § 1 Abs. 2 bis 4 des Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes des Bundes (BGBl. I Nr. 49/2002 idF BGBl. I Nr. 65/2003). Die darin formulierten Zielsetzungen spiegeln sich in den Förderrichtlinien für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Steiermark wider und sind die Grundlage für die Bewertung der Förderungswürdigkeit von eingereichten Förderanträgen.

Ziele der steirischen EZA:

- **Bekämpfung der Armut** in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem, institutionellem und sozialem Wandel führen soll,
- die **Sicherung des Friedens** und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten** und guter Regierungsführung,
- sowie die Erhaltung der Umwelt und den **Schutz natürlicher Ressourcen** als Basis für eine nachhaltige Entwicklung.

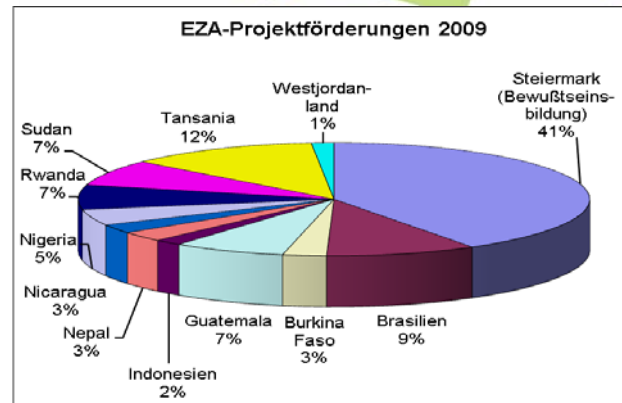
Prinzipien der steirischen EZA:

- die Zielsetzungen der Regierungen und der **betroffenen Bevölkerung** in den Entwicklungsländern in Bezug auf Geschwindigkeit und Form des Entwicklungsprozesses sowie deren Recht auf Wahl **des eigenen Entwicklungsweges zu unterstützen**,
- die Integration der Maßnahmen in das soziale Umfeld unter **besonderer Beachtung kultureller Aspekte** und die Verwendung **angepasster Technologie** sowie

- die **Gleichstellung** zwischen Frauen und Männern.
- **Partnerschaftsprinzip:** Das Land Steiermark fördert **Projekte von NGO's, Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen in EZA-Ländern**, welche auf dem Partnerschaftsprinzip beruhen. Eine Gruppe in der Steiermark erarbeitet gemeinsam mit einer Partnergruppe im Entwicklungsland Projekte und Maßnahmen für eine Verbesserung der Lebens-, Bildungs- und Einkommenssituation für die dort lebenden Menschen und für eine nachhaltige Gesamtentwicklung der Region. Thematische Schwerpunkte dabei sind **Gesundheitsprojekte, Frauenförderung, Schaffung von Einkommensmöglichkeiten zur Eigenversorgung, Verbesserung der Ernährungssituation, umfassende Bildungsmaßnahmen, Zugang zu Energie** durch alternative **Technologien** usw. All diese Projekte stellen einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der UN-Millenniumsentwicklungsziele und der darin festgelegten Zielsetzungen zur Verringerung der Armut in der Welt dar.
- Darüber hinaus fördert das Land Steiermark auch Projekte der **entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in der Steiermark**.

Projektförderungen:

Im Jahr 2009 hat die Steiermärkische Landesregierung Förderungen in der Höhe von **EUR 351.290,09** (inklusive Rückflüsse) für insgesamt **32 Projekte** vergeben. Einem Euro Förderung stehen rund drei Spenden-Euros gegenüber, womit ein Gesamtprojektvolumen von etwa 1,05 Mio. Euro für Projekte und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit erzielt werden konnte. Zusätzlich wurden Basisförderungen an die beiden entwicklungspolitischen Bildungseinrichtungen Südwind Steiermark und ÖAD-Österreichischer Austauschdienst gewährt.



Landtag Steiermark

Der Landtag Steiermark setzt immer wieder Initiativen zur Unterstützung der zentralen Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit. So wurden bereits mehrmals **entwicklungspolitischen Enqueten** abgehalten und konkrete Be-

schlüsse und Forderungen an die Bundesregierung gerichtet - wie etwa zuletzt die Forderung eines verbindlichen Stufenplans zur Einhaltung der **Millenniumsentwicklungsziele**.

Global Marshall Plan - Initiative FAIR Styria

Der Global Marshall Plan setzt sich für ein verbessertes und verbindliches globales Rahmenwerk für die Weltwirtschaft, welches die Wirtschaft mit Umwelt, Gesellschaft und Kultur in Einklang bringt, ein im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft.

Sowohl die **Steiermärkische Landesregierung** als auch der **Landtag Steiermark** haben sich zu den Inhalten des Global Marshall Plans bekannt. Innerhalb der Landesverwaltung wurde dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Als eine konkrete Maßnahme zur Umsetzung von Aktivitäten im Rahmen des GMP wurde im Jahr 2007 die **Initiative FAIR Styria** gegründet. Unter dieser **Dachmarke** finden verschiedene **Aktivitäten zur Stärkung der globalen Verantwortung** in der Steiermark statt: Wie etwa die alljährliche Veranstaltung des **Fairtrade-Tages des Landes**, die Förderung von Projekten zur Unterstützung von Gemeinden in Richtung „**FAIRTRADE-Gemeinde**“, Durchführung von Schulprojekten etc. => www.fairstyria.at

FAIRTRADE-Tag des Landes Steiermark

Die Steiermärkische Landesregierung hat mit Beschluss vom 10. Juli 2006 festgelegt, jährlich einen Fairtrade-Tag des Landes Steiermark durchzuführen. Themenschwerpunkt dabei ist der gerechte Handel sowie Handlungsmöglichkeiten auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Außerdem erhalten steirische NRO's die Möglichkeit, ihre entwicklungspolitischen Initiativen und Projekte zu präsentieren. Zielgruppe dieser Informationsoffensive ist die gesamte steirische Bevölkerung, wobei der spezielle Fokus auf Kinder und Jugendliche sowie Landesbedienstete gerichtet ist.

Am **5. Oktober 2009** fand bereits zum **fünften Mal** der Fairtrade-Tag des Landes Steiermark

statt. Erstmals wurde rund um das Fairtrade-Tag-Zelt ein umfangreiches Zusatzprogramm unter Einbindung des Medienzentrums und der Landesverwaltungsakademie angeboten. Die Besucherzahl mit rund 1.500 Schülerinnen und Schülern zwischen 10 und 18 Jahren aus Schulen der gesamten Steiermark sowie zahlreichen steirischen Bürgerinnen und Bürgern, Landesbediensteten und NRO-Vertretern hat alle bisherigen Veranstaltungen übertroffen.

HINWEIS:

Der nächste **FAIRTRADE-Tag** mit dem Schwerpunktthema **"AFRIKA"** findet am **30. September 2010** im Grazer Burghof statt.

Fairtrade-Gemeinden Steiermark

Bereits seit dem Jahr 2003 laufen intensive Bemühungen, in steirischen Gemeinden nachhaltig entwicklungspolitische Akzente zu setzen. Das **Welthaus der Diözese Graz-Seckau** sowie die **Südwind-Agentur Steiermark** beraten, informieren und begleiten Gemeinden in Fragen der Beschaffung fair gehandelter Produkte und führen Informations- und Bildungsveranstaltungen durch.

Ziel ist es, dass möglichst viele steirische Gemeinden bereit sind, sich an die die von FAIRTRADE Österreich herausgegebenen Kriterien für die Erlangung der Auszeichnung „**FAIRTRADE-GEMEINDE**“ halten. Dazu gehören u.a. die Berücksichtigung von fair gehandelten Produkten im Beschaffungswesen und die Verbreitung des FAIRTRADE-Gedankens z.B. in Schulen, Kindergärten und in Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Die Auszeichnung „FAIRTRADE-Gemeinde“ bringt für alle Beteiligten eine Win-Win-Situation, da nicht nur die Produzenten in den Ländern des Südens, die unter dem FAIRTRADE-Siegel produzieren, davon profitieren, sondern auch die Gemeinde, ihre Bürger bzw. Betriebe, da diese Auszeichnung einen Imagegewinn, einen sozialen Zusatznutzen und eine Verstärkung der ökologischen Entwicklung mit sich bringt.

„FAIRTRADE-GEMEINDEN“ setzen sich aktiv für eine gerechtere, lebenswerte Welt ein, sie wirken den Problemen der Globalisierung beispielhaft entgegen und setzen Zeichen der Solidarität für benachteiligte Menschen in Entwicklungsländern. Im September 2008 wurden erst, aös **14 steirische Gemeinden** seitens des Landes Steiermark zu „FAIRTRADE-Gemeinden“ ausgezeichnet. Weitere 12 Gemeinden sind am besten Weg dorthin.



Steirische FAIRTRADE-Gemeinden: Altaussee, Bad Aussee, Bad Mitterndorf, Feldbach, Fürstenfeld, Gleisdorf, Grundsee, Lieboch, Liezen, Mürzzuschlag, Ottendorf, Pichl Kainisch, Tauplitz, Weiz.

Informationen: www.fairtrade.at, www.graz.welthaus.at, www.suedwind.at

Faire öffentliche Beschaffung in der Landesverwaltung

Bereits im Jahr 2003 wurde innerhalb der steirischen Landesverwaltung eine **Arbeitsgruppe „Faire Beschaffung“** eingerichtet mit dem Ziel, zukünftig verstärkt fair gehandelte Produkte, Lebensmitteln und Textilien zu beschaffen. Als erste Maßnahme wurden 2005 alle 30 Heißgetränke- bzw. Kaffee-automaten in den Dienststellen des Amtes auch mit Fairtrade-Produkten ausgestattet - im Bereich der Krankenanstalten GmbH sind dies mittlerweile sogar 90 Automaten.

Rund **45 Prozent** der konsumierten Getränke sind „Fairtrade“. Die zentrale Beschaffungsstelle des Landes orientiert sich generell an den Kriterien „Umweltgerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ sowohl in ökologischer als auch in sozialer Hinsicht. In Schulungen und Workshops wird über fairen Handel informiert

und Informationen über Kriterien, Ausschreibungsverfahren etc. gegeben. Auf Empfehlung der Europäischen Kommission hat Österreich einen **Aktionsplan für die Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung** erstellt, in dem produktbezogene ökologische und soziale Kriterien bei Beschaffungsvorgängen definiert und determiniert wurden. Die **Abteilung Zentrale Dienste der steirischen Landesverwaltung** hat sich intensiv an diesem Diskussionsprozess beteiligt und dazu bereits zwei Workshops für Beschaffungsverantwortlichen aus verschiedensten Bereichen der Landesverwaltung durchgeführt.

Weitere Informationen: Land Steiermark - Abteilung 2, Referat Zentrale Beschaffung, e-mail: a2-be@stmk.gv.at.

“Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.”

(Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948)

Das Streben nach dem Schutz der **Menschenwürde aller** ist der Grundgedanke des Konzepts der Menschenrechte. Es stellt die Person in das Zentrum des Interesses. Dieses Konzept basiert auf einem gemeinsamen universellen Wertesystem, das der Unverletzbarkeit des Lebens gewidmet ist und so einen Rahmen für den Aufbau eines Menschenrechtssystems mit international anerkannten Normen und Standards bietet. Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich die Menschenrechte zu einem ethischen, politischen und rechtlichen System entwickelt und dienen heute als Richtlinie zur Entwicklung einer Welt frei von Angst und Not. Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), die von den Vereinten Nationen 1948 verabschiedet wurde, bezieht sich auf die Säulen des Systems der Menschenrechte, vor allem Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Freiheiten wie die Gedanken-, Gewissens-,

und Religionsfreiheit sowie die Meinungsäußerungsfreiheit werden durch die Menschenrechte geschützt. Ebenso garantieren Menschenrechte Gleichheit, wie etwa den gleichen Schutz vor allen Formen der Diskriminierung im Genuss aller Menschenrechte, einschließlich der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau. Solidarität steht für wirtschaftliche und soziale Rechte, wie etwa das Recht auf soziale Sicherheit, gerechte Bezahlung, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, Gesundheit und auf Zugang zur Bildung, welche integrale Bestandteile des Menschenrechtssystems sind. Die Menschenrechte sind in fünf Bereichen näher ausgeführt, und zwar als politische und bürgerliche sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, die rechtlich in zwei parallelen Pakten zusammen mit der AEMR als „*Bill of Human Rights*“ bezeichnet werden

Präambel der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, dass einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt,

da es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen,

da es notwendig ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,

da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,

da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken,

da ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,

verkündet die Generalversammlung diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten. (UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948, www.un.org)

Steirische Projektbeispiele und Initiativen

ETC Graz - Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie

Das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC) Graz wurde 1999 als Non-Profit-Organisation gegründet und befasst sich theoretisch und praktisch mit Fragen der Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie. Der interdisziplinäre Zugang des ETC sorgt für eine Vernetzung aller Aspekte von Demokratie und Menschenrechten auf den Ebenen von Forschung, Vermittlung und Advocacy.

Seit Februar 2001 ist Graz die erste Menschenrechtsstadt Europas. Das ETC engagiert sich im Rahmen dieses Prozesses auf **lokaler Ebene**

sehr stark und arbeitet eng mit der Stadt Graz und dem Bürgermeisteramt zusammen. Das ETC fungiert in erster Linie als Beratungsinstanz in der Menschenrechtsstadt und arbeitet darüber hinaus gezielt im Bereich der Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Zivilgesellschaft. Ein weiterer Fixtermin ist die jährlich stattfindende Internationale Sommerakademie, welche ihren TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu theorieorientierter Fortbildung, wissenschaftlichem wie praxisorientiertem Austausch und Lernen an Good Practices im Bereich der Menschenrechte und Demokratie ermöglicht.

Informationen: www.etc-graz.at

Projekt: Frauenhaus Paiwas/NICARAGUA

Katholische Frauenbewegung – Aktion Familienfasttag

Paiwas ist ein sehr unterentwickelter Bezirk in Nicaragua, in dem Frauen die Auswirkungen des Machismo besonders zu spüren bekommen. Umso wichtiger sind die Angebote des Frauenhauses Paiwas, welche Ausbildungs-, Rechts- und Gesundheitsprogramme umfassen, aber auch Hilfestellung für die Bewälti-

gung von Gewaltsituationen im häuslichen Bereich geben. In einer von Frauen gegründeten Radiostation „Palabra de Mujer“ werden Sendungen zu Themenbereichen wie Gewalt gegen Frauen, Sexualität, Frauenrechte und vieles mehr gestaltet.

Informationen: www.graz-seckau.at/kfb

Projekt: Organización Feminina Popular- OFP/KOLUMBIEN

Katholische Frauenbewegung – Aktion Familienfasttag

Die Organización Feminina Popular entstand 1972 in der Blütezeit der Befreiungstheologie in der Diözese Barrancomeja in Kolumbien als Antwort auf die vielfältigen Repressalien, denen die Zivilbevölkerung durch die Kämpfe zwischen Militär, Guerilla und Paramilitärs ausgesetzt sind. In Kolumbien gibt es viele intern Vertriebene, die traumatisiert und ihrer Lebensgrundlagen beraubt sind. Die OFP wendet sich schwerpunktmäßig an Frauen, denen sie Unterstützung bei der Organisation in ihrem neuen Lebensumfeld gibt und bietet auch medizinische und psychologische Hilfe für die

Familien an. Die OFP setzt sich ein für eine gerechtere Welt, für mehr Demokratie und ein neues Rollenverständnis zwischen Mann und Frau.

Zur Zeit ist die OFP selber unter schwerem Druck durch die Paramilitärs, das geht bis zu Ermordung von MitarbeiterInnen. Die OFP möchte sich aber nicht unterkriegen lassen, der Aktion Familienfasttag ist es ein wichtiges Anliegen, diese mutigen Frauen zu unterstützen.

Informationen: www.graz-seckau.at/kfb

Menschrechtsweg der Stadt Graz

Die **ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus** bietet für Schulklassen halbtägige Workshops mit Wanderung auf dem Menschenrechtsweg im Grazer Leechwald an. Die Ziel-

gruppe sind Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren.

Informationen und Buchung: Tel. 0316/877-4058, e-mail: arge_jugend@argejugend.at

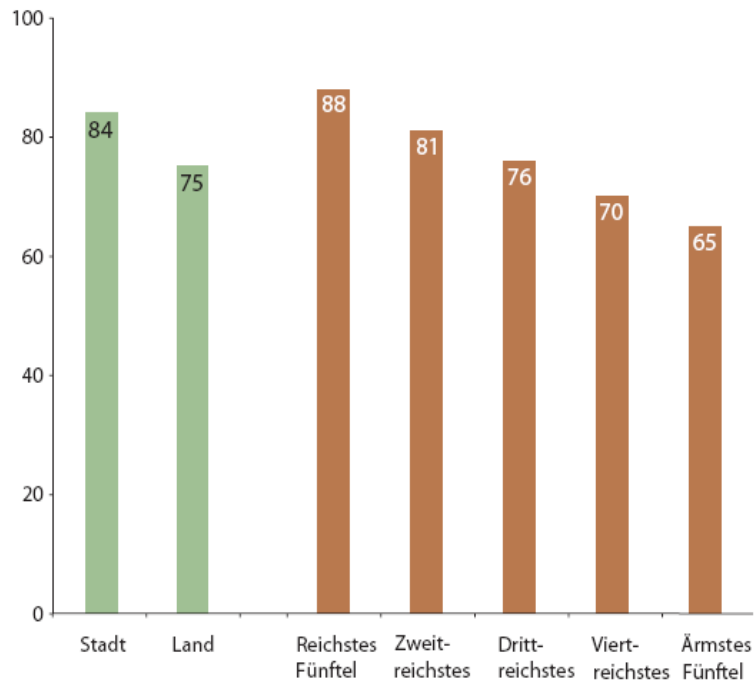
Analphabetismus

Jeder fünfte Erwachsene weltweit, das sind 774 Millionen, ist Analphabet und muss deshalb auf schriftliche Kommunikation verzichten. **75 Millionen Kinder** gehen nicht zur Schule und Millionen junger Menschen verlassen sie mit mangelhaften Lese- und Schreibkenntnissen. Ihnen allen ist eine produktive und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verweigert.

Analphabetismus hat direkte Auswirkungen auf alle Lebensbereiche einer Person. Im Bereich Gesundheit hindert er beispielsweise Menschen daran, die Informationen auf einer Medikamentenpackung zu verstehen. Als Konsequenz können Betroffene weniger über Aids, Malaria und andere Infektionskrankheiten erfahren können.

Die Alphabetisierung ist unverzichtbar, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, durch die die Gesundheit von Müttern gestärkt, Aids und Malaria bekämpft und einige der weltweit dringendsten Gesund-

Netto-Schulbesuchsquote in der Grundschulstufe in den Entwicklungsregionen, aufgeschlüsselt nach Wohnort und relativem Haushaltseinkommen – 2000/2006 (in Prozent)



Zwei Drittel der Analphabeten sind Frauen und Mädchen. Gesundheitsfragen gelöst werden sollen. Arme und sozial randständige Kinder haben in der Regel geringeren Zugang zur Grundbildung. Ein großer Unterschied herrscht in Entwicklungsländern vor allem zwischen Stadt und Land, denn so besuchen Stadtkinder häufiger eine Schule als ihre ländlichen Altersgenossen. Die Gesamteinschulungsquote im Grundschulbereich der Entwicklungsländer konnte zwischen 2000 und 2007 von 83 % auf 88 % erhöht werden.

Bis 2015 soll es jedem Kind auf der Welt möglich sein, eine Grundschulausbildung vollständig abschließen zu können.

UN-Millenniumsentwicklungsziel (MDG 2)

Steirische Projektbeispiele und Initiativen

Errichtung einer Grundschule in Rayos de Sol, GUATEMALA Solidarität mit Lateinamerika

Durch den Bau einer Elementarschule in der Gemeinde Caserio Rayos del Sol soll den Kindern eine Ausbildung in einem menschengerechten Umfeld ermöglicht werden. Der Schulbesuch in einer der nächst gelegenen Ortschaften ist aus mehreren Gründen nicht möglich: Einerseits sind diese Schulen sehr überfüllt und zum anderen führt der Schulweg über eine stark befahrene Durchzugsstraße, auf der

bereits mehrere Kinder durch LKW tödlich verunglückt sind. Zudem kommt, dass Kindesentführungen auf der Tagesordnung stehen und diese Straße daher für Kinder äußerst gefährlich ist. Der geplante Neubau soll helfen, die hohe Schulabbruchrate zu vermindern und die Analphabetenrate (dzt. 59 %) zu senken. Informationen: www.sol-steiermark.at

Alphabetisierung für Mädchen in Senegal Missio Steiermark

Schulbildung für Mädchen: Bildung – oftmals nur ein Privileg für die Burschen im Senegal – ist die einzige Chance der Armut zu entkommen. Gerade Mädchen werden oftmals gezwungen ihre Ausbildung abzubrechen, wenn es ihren Eltern an den dazu nötigen finanziellen Mitteln fehlt. Wenn Mädchen das Glück haben eine Schule besuchen zu können, müssen sie meist große Entfernungen zu Fuß zurücklegen. Die Schwestern der Ursulinen in Thiés möchten Mädchen, die sich nach Bildung sehnen, nicht alleine lassen. Ob Christen oder Muslime: Ihre Schule steht allen Mädchen offen. Dort wird ganzheitliche Bildung vermittelt und gegenseitiger Respekt gefördert. Im Kampf gegen Analphabetismus wird den Mädchen und somit auch ihren Familien geholfen, sich aus ihrer schwierigen Lage zu befreien. Sie sollen

vom Unterricht profitieren, um später durch ihre Selbstständigkeit zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen zu können. Mit Hilfe von Missio soll für möglichst viele Mädchen die Schulbildung gesichert werden.

Informationen: www.missio.at



Interkulturelle Begegnungen und Multikulturelle Familienfeste

IKU – ISOP Innovative Sozialprojekte

Schon seit Jahren führt ISOP äußerst erfolgreich das Projekt IKU – Interkulturelles Lernen in Kindergärten und Schulen durch. In spielerischer kreativer Form werden Kulturen, Lebensweisen und Musik aus anderen Teilen der Welt vorgestellt. Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Vorurteilen und Rassismus. Die Nachfrage von Schulen und Kindergärten ist kaum noch zu bewältigen,

jährlich können über das Projekt IKU über 8.000 Menschen erreicht werden.

Ein zweites wichtiges Projekt sind „Multikulturelle Familienfeste“ in verschiedenen Grazer Bezirken, aber auch in steirischen Bezirksstädten. Menschen unterschiedlichster Herkunft, die „nebeneinander“ leben, soll die positive Vielfalt der Kulturen näher gebracht werden und dadurch zu einem „Miteinander“ beitragen. Informationen: www.isop.at

Alphabetisierung und Elementarbildung für Migrantinnen

Verein DANAIDA

Der Verein Danaida bietet seit 1991 Deutschkurse, seit 1995 Alphabetisierungskurse und seit 2000 Elementarbildung für Migrantinnen an. Begleitend zu den Kursen werden die Kinder der Teilnehmerinnen betreut. Pro Jahr besuchen mehr als 400 Frauen aus aller Welt diese Kurse. Die Frauen lernen in Deutsch lesen, schreiben und sprechen, die mündliche Ausdrucksfähigkeit steht dabei im Vordergrund. In Informationseinheiten können Fragen zu Gesundheit, sozialen Themen usw. auch mit Dolmetscherinnen in der Muttersprache erörtert werden. In allen Kursen wird auch mit dem

Computer gearbeitet, damit Schwellenängste abgebaut werden können.

Seit einem Jahr arbeitet Danaida im Netzwerk MIKA mit, dessen Schwerpunkt in der Kompetenzausweitung und Qualifizierung von Lehrenden in der Erwachsenenbildung und speziell in der Alphabetisierung mit MigrantInnen liegt. Dazu sollen in den künftig verschiedene Weiterbildungsworkshops zur Arbeit in der Alphabetisierung mit MigrantInnen, sowie PC-Fortbildung für TrainerInnen angeboten werden. Mehr unter www.danaida.at

„Solarschule in Lingshed

Friends of Lingshed

Die FRIENDS OF LINGSHED sind ein österreichisches Team, das sich seit 1994 ehrenamtlich in der Region engagiert. Das Ziel des Vereins ist es, durch Bildungsprogramme nachhaltige Hilfe zu leisten. Gemeinsam mit der Dorfbevölkerung wurde 2000 mit Spendengeldern eine solarbeheizte Schule gebaut. Die Planung und Leitung dieser Arbeiten führte DI Christian Hlade ("WELTWEITWANDERN") durch. Dieser Schulbau war der Grundstein für die Entwicklung eines großen Schulzentrums in Lingshed, welches heute aus einer Schule, Lehrerwohnungen und einem Internat besteht. Diese Gebäude und ihre Erhaltung sowie die Entlohnung der Lehrerinnen und Lehrer werden vom Indischen Staat bezahlt. Die von den Österreichern erbaute Solarschule hat in den 8 Jahren ihres

Bestehens eine wechselvolle Geschichte erlebt: Sie diente als Schule, Wohnung, Internat und auch als Versammlungsort. Die Solarschule ist nun – im Sinne der Nachhaltigkeit – selbstständig geworden. Die Bewohner von Lingshed haben sich für folgende Nutzung entschieden: Im Sommer dient das Gebäude als Wohnung für Lehrerfamilien, Schülerinnen und Schüler und es findet dort kein Schulbetrieb statt. Im Winter wird die Solarschule wie bisher für den Winterunterricht genutzt, der weiter von FRIENDS OF LINGSHED finanziell unterstützt wird. Der Winterunterricht findet in den Monaten Dezember, Jänner und Februar statt, also wenn die staatlichen Schulen Ferien haben.

Informationen: www.lingshed.org



Die Solarschule in Lingshed ist mittlerweile „selbstständig“ geworden.

Eine Welt Weg – Liebenau

Am Pfarrgelände der Pfarre Graz Liebenau St. Paul wurde ein entwicklungspolitischer Lehrpfad mit unterschiedlichen Stationen zum Thema "Eine Welt" errichtet. Bei jeder Station sind kurze inhaltliche Erläuterungen und pädagogische

Benützungstipps angebracht. Schulführungen können direkt im Pfarramt Liebenau gebucht werden. Tell. 0316/472319, E-mail: georg.plank@graz-seckau.at – www.einweltweg.at

GESUNDHEIT UND ERNÄHRUNG

Kinder- und Müttersterblichkeit

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind innerhalb seiner ersten fünf Lebensjahre stirbt, ist in Entwicklungsländern dreizehnmal so hoch wie in Industrieländern.

Lungenentzündung, Durchfall, Malaria und Masern sind die Haupttodesursachen im Kindesalter und wären durch einfache Verbesserungen in der gesundheitlichen Grundversorgung wie Insektizid behandelte Moskitonetze und Impfungen leicht zu verhindern. Die **Müttersterblichkeit** ist in den meisten Entwicklungsländern immer noch erschreckend hoch. **2005 starben mehr als 500.000 Frauen** während der Schwangerschaft, bei der Entbindung oder in den sechs Wochen danach. Die Anwesenheit von medizinischem Fachpersonal (Ärzte, Krankenschwestern oder Hebammen) bei der Entbindung stellt hierbei eine entscheidende Verbesserungsmöglichkeit dar.

Zwischen 1990 und 2015 soll die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel und die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel gesenkt werden.

UN-Millenniumsentwicklungsziel (MDG 4)

HIV/Aids

Täglich infizieren sich fast **7.500 Menschen neu mit dem HIV**, und 5.500 Menschen sterben jeden Tag an Aids, was hauptsächlich auf fehlende HIV-Präventions- und Behandlungsdienste zurückzuführen ist.

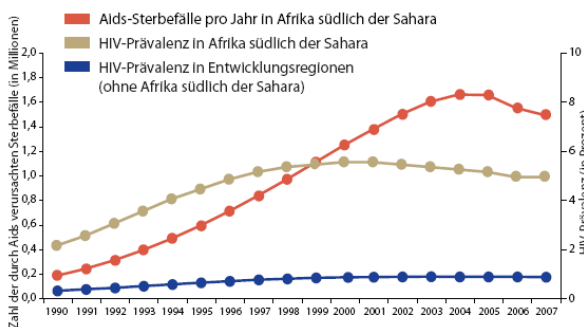
2007 waren weltweit rund 15,5 Millionen Frauen und 15,3 Millionen Männer ab 15 Jahren mit dem HIV infiziert. Im Vergleich dazu beliefen sich die Ziffern im Jahr 2001 auf 14,1 bzw. 13,8 Millionen.

In Afrika südlich der Sahara lag der Frauenanteil bei den HIV-infizierten Erwachsenen bei fast 60 Prozent.

Bis 2015 soll die Ausbreitung von HIV/Aids und Malaria zum Stillstand gebracht und allmählich umgekehrt werden, sowie bis 2010 der allg. Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen sichergestellt werden.

UN-Millenniumsentwicklungsziel (MDG 6),

HIV-Prävalenz bei Erwachsenen im Alter von 15-49 Jahren in den Entwicklungsregionen und in Afrika südlich der Sahara (in Prozent) und Zahl der durch Aids verursachten Sterbefälle in Afrika südlich der Sahara (in Millionen) – 1990-2007



In **Südafrika** gingen die dokumentierten **Erkrankungs- und Sterbefälle** zwischen 2000 und 2006 **um 80 Prozent zurück**, nachdem Kombinationstherapien und eine bessere Moskitobekämpfung (so auch Besprühung der Innenwände mit DDT) eingeführt wurden.

Ernährungssicherheit:

Laut FAO - der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen wird Ernährungssicherheit als die größte Herausforderung der Zukunft bezeichnet. Es

geht dabei um die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene und um den Zugang aller Bevölkerungsgruppen zu Nahrungsmitteln.

Weltweit ist es in den letzten Jahren zu einer **Steigerung der Nahrungsmittelpreise** gekommen. Gleichzeitig ist die Zahl der **hungernden oder nur mangelernährten Bevölkerung** dieser Welt **auf 923 Millionen gestiegen**, was in manchen Ländern und Regionen das Erreichen des ersten Millenniumsentwicklungsziels, nämlich die Beseitigung der extremen Armut und die Reduktion der Zahl der Menschen, die von weniger als 1 US-Dollar täglich leben müssen um die Hälfte, in weite Ferne rückt.

Aktuelle Lage

Der Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren ging von 33 Prozent im Jahr 1990 auf 26 Prozent im Jahr 2006 zurück. Dennoch waren **2006** in den Entwicklungsländern immer noch mehr als **140 Millionen Kinder untergewichtig**.

Die steigenden Nahrungsmittelpreise stellen die bisherigen Fortschritte bei der Minderung der Mangelernährung bei Kindern in Frage. Der Unterschied zwischen Stadt und Land spielt für die Mangelernährung eine große Rolle. So sind Kinder in den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer, doppelt so häufig untergewichtig wie in städtischen Gebieten.

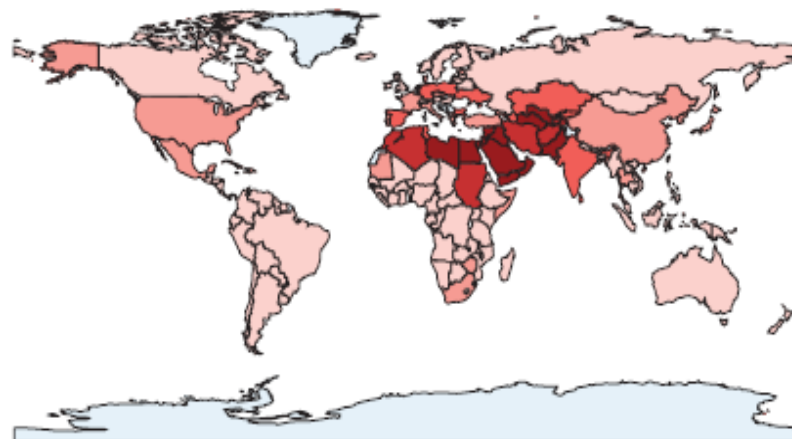
Bis 2015 soll der Anteil an Menschen, der keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen hat, halbiert werden.

UN-Millenniumsentwicklungsziel (MDG 7),

Ohne Wasser kein Leben

Während des letzten Jahrhunderts ist der weltweite Wasserverbrauch mehr als doppelt so schnell angestiegen wie die Bevölkerung. Zwar besteht noch **keine weltweite Wasserknappheit**, doch leben etwa 2,8 Milliarden Menschen, das sind mehr als **40 Prozent der Weltbevölkerung**, in Zonen, in denen Wasser in der einen oder anderen Form knapp ist. Man unterscheidet zwischen **physischer und ökonomischer Wasserknappheit**.

Anteil der Oberflächen- und Grundwasserentnahme an den gesamten verfügbaren erneuerbaren Wasserressourcen (um 2000)



Physische Wasserknappheit tritt auf,

wenn mehr als **75 Prozent der Wassermenge** eines Flusses entnommen werden. Beispielsweise Nordafrika und Westasien sind davon sehr stark betroffen.

Von **ökonomischer Wasserknappheit** spricht man, wenn der **Zugang zu Wasser durch menschliches, institutionelles und finanzielles Kapital eingeschränkt** wird, obwohl lokal in der Natur genügend Wasser zur Deckung der menschlichen Nachfrage vorhanden ist.

Diese Bedingungen herrschen in großen Teilen Südasiens und Afrikas südlich der Sahara vor, wo eine fehlende oder unterentwickelte Wasserinfrastruktur, eine hohe Anfälligkeit für kurz- und langfristige Dürren und schwieriger Zugang zu verlässlicher Wasserversorgung, die Lage erschweren.



Steirische Projektbeispiele und Initiativen

Tagesheim Centrinho

Brasiliengruppe der Stadtpfarrkirche Graz

Centrinho ist ein Tagesheim in Porto Nacional/Brasilien für unterernährte Kinder. Dort bekommen Kinder aufbauende Nahrung, medizinische Betreuung, die Möglichkeit zu spielen und sich musisch zu betätigen. Daneben werden die Mütter und Geschwister eingeladen, wenigstens einmal pro Woche zu helfen, um kompetent zu werden und zu Hause selbst-

ständig weiter arbeiten zu können. Das Projekt ist auf Nachhaltigkeit ausgelegt, d.h. die Situation der Familie soll sich möglichst umfassend verändern, indem Leute vom Centrinho auch zu den Familien gehen, dort mit den Angehörigen die Lage analysieren, nach Informationen: www.stadtpfarrkirche-graz.at

Land- und Ernährungssicherung in Laos

Welthaus der Diözese Graz-Seckau

Im kommunistisch regierten Laos gibt es im ländlichen Bereich keine Landtitel – die Menschen haben ein vererbtes Nutzungsrecht für Land. Mit der Vergabe von Land an ausländische Konzerne für die Produktion von Agrotreibstoffen oder anderen Exportprodukten werden immer mehr Kleinbauern/bäuerinnen von ihrem Land vertrieben. Welthaus unterstützt ein Projekt, dass einerseits die Bevölkerung über ihre Rechte aufklärt, und andererseits Einfluss auf politischer Ebene

nimmt. Die Gesetze zur Landnutzung und Landverteilung befinden sich derzeit in Ausarbeitung und sollen die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen. Vor allem darf den Menschen nicht der Gemeinschaftswald genommen werden. Dieser Wald ist besonders wichtig, da die Menschen kaum genügend Lebensmittel für den Eigenbedarf produzieren. – Die Waldfrüchte und -tiere sichern so das Überleben.

Informationen: www.graz.welthaus.at

Wasserversorgung für Dörfer in Tansania

EVG – Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung

Nach Halla und Nangara ist Endanoga das dritte Dorf in der Umgebung der Bezirkshauptstadt Babati in Tansania, das im Rahmen der Projektkooperation mit FIDE eine Wasserversorgung erhalten soll. Das Dorf besteht aus weit auseinander liegenden Einzelgehöften, die bis zu drei Gehstunden von der nächsten Wasserstelle entfernt sind. Eine regelmäßige Versor-

gung mit Wasser ermöglicht den Frauen in Endanoga, durch den Anbau von Gemüse ihre Ernährungssituation zu verbessern und auch darüber hinaus durch dessen Verkauf am Markt in Gallapo ein Einkommen zu schaffen. Für die Wasserentnahme wird ein Benützungsentgelt eingehoben, das zur Erhaltung der Anlage dient.

Projekte in Südafrika und Abeokuta/Nigeria

Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit der Medizinischen Universität Graz

MitarbeiterInnen der Medizinischen Universität Graz bemühen sich seit Jahrzehnten um Agenden der Entwicklungszusammenarbeit. Seit dem Wintersemester 2008/09 wird an der Medizinischen Universität die Lehrveranstaltung „Grundlagen der Entwicklungszusammenarbeit“ abgehalten. Im Rahmen dieser Lehrveranstaltung werden Studierende und Interessierte auf Tätigkeiten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vorbereitet. *SUSA* („*Styrian Universities go South Africa*“) ist ein weiteres Pro-

jekt, dass die Meduni Graz in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Graz und Sarch durchführt. Jährlich werden sechs StudentInnen an das *Ithuba Skills College bei Johannesburg*, Südafrika gesendet, das eine solide Ausbildung in Englisch und in Naturwissenschaften sowie auch die Vermittlung praktischer Fähigkeiten anbietet.

Informationen:

www.meduni-graz.at/aktuelles?newsId=4909



Kulturpflanzen in Kolumbien

AAI Graz

Biodiversität bedeutet soviel wie die Vielfalt des Lebens. Es gibt Zentren der höchsten Artenvielfalt auf der Erde, so genannte Hotspots der Biodiversität. Diese Sortenvielfalt wird durch die moderne, industrialisierte Landwirtschaft gefährdet. Um die Produktivität zu erhöhen wird auf Monokultur, hybrid- und gentechnisch verändertes Saatgut gesetzt, was vermehrten Einsatz von Chemie verlangt. Entsprechend kommt es zu einer Verarmung der Biodiversität der Arten, sowie auch die der Genen und Öko-

systeme (80% der Mais-Sorten sind bereits verschwunden, Regenwaldzerstörung).

Die StipendiatInnen des Afro-Asiatischen Instituts Graz greifen solche wichtigen Themen für ihre Bakkalaureats-, Diplom- und Doktorarbeiten auf. Derzeit ist die Stipendiatin Luisa Trevino-Cely in ihrem Heimatland Kolumbien und führt eine Untersuchung der Biodiversität der Kulturpflanzen und Sorten bei den kleinbäuerlichen Strukturen Kolumbiens durch. Informationen: www.aai-graz.at

Heilpflanzengärten in Indien

Dreikönigsaktion

Zunehmend sorgen Kohlekraftwerke und ungehemmte Industrialisierung für abgeholzte Wälder und verschmutzte Flüsse in Indien. Krankheiten der UreinwohnerInnen nehmen zu, Kinderarbeit ist weit verbreitet. Unser Projektpartner CASS steht den UreinwohnerInnen zur

Seite: Unterstützung bei Ernährung und Gesundheit (Heilpflanzengärten...), Aufbau von Dorfgemeinschaften, eigenes Saatgut, biologischer Landbau und Einsatz für eigenes Land sowie durch Maßnahmen gegen Kinderarbeit. Informationen: www.dka.at

Buchtipp: „Mutter werden am Fuße des Kilimanjaro“

Während Jahr für Jahr tausende Touristen darum kämpfen den Gipfel des Mount Kilimanjaro zu erreichen, kämpfen schwangere Frauen am Fuße des Kilimanjaro Tag für Tag ums Überleben. Die schlechte medizinische Versorgung, weite Entfernungen, sowie die finanzielle Not, die es nicht einmal zulässt, dass sich schwangere Frauen die Busfahrt in das nächste Krankenhaus leisten können, tragen dazu bei, dass jährlich hunderte Frauen in Ostafrika an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt versterben oder an den Folgen einer unzureichenden geburtshilflichen Betreuung leiden.

Das Buch "Mutter werden am Fuße des Kilimanjaro" des steirischen Gynäkologen, Wissenschaftlers und humanitären Helfers **Willibald Zeck (36)** und der **Hebammen Lisbeth Strohmeier (33)** basiert sowohl auf persönliche Erfahrungen bei ihren Einsätzen vor Ort als auch auf Interviews mit betroffenen Frauen.

Dieses Buch ist im Löcker-Verlag erschienen.



Nachhaltigkeit

Die wohl bekannteste Definition der nachhaltigen Entwicklung entstammt dem **Brundtland-Bericht (1987)**, die auch Basis für die Entwicklung der Agenda 21 im Rahmen der Weltklimakonferenz in Rio 1992 war:

"Unter nachhaltiger Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen" UNO Weltkommission für Umwelt und Entwicklung)

Verankerung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme und Umkehrung des Ressourcenverlustes.

UN-Millenniumsentwicklungsziel (MDG 7)

Klimaschutz

Die natürlichen Ressourcen und eine funktionsfähige Umwelt sind elementare Pfeiler einer nachhaltigen Entwicklung und zugleich Lebensgrundlage von allem Sein. Diverse globale Umweltprobleme wie zum Beispiel der Klimawandel als Folge der steigenden Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre oder der Verlust der biologischen Vielfalt, gefährden immer mehr und mehr diese essentielle Grundlage.

Klima- und Umweltprobleme wie zum Beispiel Folgen des Klimawandels beeinflussen direkt die persönliche Sicherheit der Menschen sowie Themen der Ernährungssicherung. Die ärmsten

Entwicklungsländer in tropischen und subtropischen Gebieten sind dabei am meisten betroffen.

Deshalb stellen die Einbindung des Umweltschutzes und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eine der wichtigsten Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit dar. In diesem Zusammenhang sind vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und Verbreitung erneuerbarer Energie, sowie zur Verringerung von Emissionen aus Landnutzung und der Land- und Forstwirtschaft sehr effektiv.

Biodiversität

Wälder und Ozeane spielen eine entscheidende Rolle bei der Erhaltung der **biologischen Vielfalt und der Boden- und Wasserressourcen**. Wenn sie auf nachhaltige Weise bewirtschaftet werden, können sie die lokale Wirtschaft und einzelne Volkswirtschaften stärken und das Wohl heutiger und kommender Generationen mehren.

Darüber hinaus sind sie bei der Milderung des Klimawandels nicht wegzudenken. Momentan stellen ein Zehntel der gesamten Waldfläche geschützte Flächen dar, die hauptsächlich der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen.

Wie misst man Biodiversität?

Trends im Hinblick auf das Aussterben von Arten lassen sich anhand des **Rote-Liste-Indexes der Weltnaturschutzunion** messen.

Der Index zeigt den Unterschied zwischen Verbesserungen im Gefährdungsstatus von Arten, zum Beispiel Verbesserungen, die auf erfolgreiche Erhaltungsmaßnahmen zurückgehen, und Verschlechterungen dieses Status, beispielsweise bei einem Rückgang von Populationen. In den letzten Jahren verschlechterte sich beispielsweise der Status von Vögeln in Südostasien drastisch, auf Grund der rasanten Entwaldung der tiefliegenden Gebiete Sundas.

Reduzierung beziehungsweise Eindämmung des Verlustes der Artenvielfalt.

UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDG 7)

Biodiversität spielt für die Ernährungssicherheit eine wichtige Rolle und die Wiederansiedlung von alten ursprünglichen Gemüse- und Getreidesorten in Entwicklungsländern bekommt immer mehr Bedeutung.



Entwicklungsbarrieren

Es wurden bereits mehrere einseitige Übereinkünfte zu Gunsten von einzelnen Entwicklungsländern in Form von regionalen oder bilateralen Handelsübereinkünften ausgeweitet, jedoch blieben große neue Initiativen zu Gunsten der Entwicklungsländer als Gruppe aus. So profitierten beispielsweise hauptsächlich nur die am wenigsten entwickelten Länder von dem präferentiellen **zollfreien Marktzugang** und **niedrigen Durchschnittszollsätzen** für verschiedene arbeitsintensive Erzeugnisse, darunter einige Agrargüter, Textilwaren und Bekleidung. Darüber hinaus halten inländische Agrarsubventionen und Zollschutz in den entwickelten Ländern die Entwicklungsländer schon seit Jahren davon ab, ihre Agrarproduktion auszubauen und gelten als somit Hauptursache der weltweiten Ernährungskrise.

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen und ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln.

UN-Millenniumsentwicklungsziel – MDG 8

Die **Schuldenprobleme** der Entwicklungsländer stellen eine weitere Entwicklungsbarriere dar, die man aber in den letzten Jahren zum Beispiel durch Schuldenerleichterungen im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) oder der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) vermindern konnte.

Ein Leben ohne Handy und Internet

Im Jahr 2006 nutzen **58 Prozent** der Bevölkerung in den **entwickelten Ländern** das **Internet**, in den **Entwicklungsländern** waren es **elf Prozent** und in den **am wenigsten entwickelten Ländern** nur **ein Prozent**. Wenn man bedenkt, dass zu diesem Zeitpunkt weltweit mehr als vier Milliarden Menschen über Festnetz- und Mobiltelefonanschlüsse verfügten, wird die starke Ungleichheit dieser Zahlen noch deutlicher. So besaßen beispielsweise in Afrika mit Ende 2006 etwa 200 Millionen Menschen oder

22 Prozent der Bevölkerung ein Mobiltelefon, drei Prozent verfügten über einen Festnetzanschluss, und fünf Prozent nutzten das Internet. Um dieser Ungleichheit zu begegnen soll in Zukunft durch die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür gesorgt werden, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, weltweit gleichsam genutzt werden können.

Steirische Projektbeispiele und Initiativen:

Solar-Photovoltaikanlagen für die Kranken- und Geburtenstation von Matombo, Tansania

AK Weltkirche der Pfarre Graz-St. Andrä

Matombo: Diese Krankenstation, die etwa 59 km von Morogoro-Stadt, im Ort Matombo auf dem Weg nach Lukange, liegt, verfügte über keinerlei Energieversorgung, da die vorhandene Photovoltaikanlage chinesischer Herkunft vor ca. zehn Jahren defekt wurde und nicht mehr repariert werden konnte. Seitdem behalf man sich mit Petroleum-Lampen. Die neue Anlage ermöglicht es, das von Missio Austria Ende 2007 zur Verfügung gestellte Laboratorium und die neue renovierte Kranken- und Gebur-

tenstation zu betreiben sowie die Bildungsarbeit besonders für Mädchen im angrenzenden Pfarrheim von Matombo auszuweiten. Die Installation der Anlage wurde durch das Team von Gerhard Gindl, Arbeitskreis Weltkirche der Pfarre Wartberg-Mitterdorf in Zusammenarbeit mit unserem tansanischen Projektpartner und dem Photovoltaik-Team des Karanga Technical Training Centers in Moshi durchgeführt. Das Land Steiermark hat Photovoltaikanlagen in Matombo und auch in Lukange gefördert.

Initiative Clean IT

Südwind Regionalstelle Steiermark/Umweltamt der Stadt Graz

Clean-IT informiert über die Arbeitsbedingungen in der Computerproduktion und schafft Bewusstsein für die problematischen Auswirkungen auf Umwelt und Menschen. KonsumentInnen und öffentliche BeschafferInnen in Gemeinden, Ländern und Universitäten werden aufgefordert, ihre Kaufkraft zu nutzen um soziale und ökologische Mindeststandards einzufordern. Die öffentliche Beschaffung kann unmittelbar zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen, indem sie soziale Kriterien

in die Beschaffungspraxis aufnimmt. Öffentliche Institutionen haben damit die Chance zur Armutsminderung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit beizutragen. Durch ihre große Kaufkraft haben sie ausreichend Einfluss um strukturelle Veränderungen in der Computerindustrie herbeizuführen, die wiederum Auswirkungen auf die Möglichkeiten der privaten KonsumentInnen haben, sozial verantwortlich produzierte Computer zu beziehen. Informationen: www.clean-it.at

Die Firma **COMPURITAS** sammelt als ethisch orientiertes EDV-Unternehmen gebrauchte Computer-Hardware und produziert daraus hochwertige 2nd-Use-PC's und Notebooks, die mit aktueller Software versehen kostengünstig an steirische NGO's, Sozialeinrichtungen und ProjektpartnerInnen in EZA-Ländern bzw. in Süd- und Osteuropa verkauft werden.

Informationen: www.compuritas.at

Clean Clothes Kampagne (CCK)

Kleidung, die wir in Europa kaufen, wird zum Großteil in Asien, Lateinamerika, Afrika und Osteuropa produziert. Die Auslagerung der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie in Fabriken in Billiglohnländern ermöglicht den Unternehmen extrem niedrige Herstellungs- und Lohnkosten.

Aufgrund der auch für lokale Verhältnisse, extrem niedrigen Löhne ist es den ArbeiterInnen trotz Überstunden nicht möglich, ihre Familien ausreichend zu versorgen.

Die **Clean Clothes Kampagne** hat sich zum Ziel gesetzt, die **Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie zu verbessern**.

Dabei sind die **Arbeitsschwerpunkte der Clean Clothes Kampagne:**

- KonsumentInnen über die Arbeitsbedingungen informieren
- Ausübung von Druck auf Markenfirmen, damit diese die Produktionsbedingungen in ihren Zulieferbetrieben verbessern
- Unterstützung der ArbeiterInnen durch konkrete Aktionen (z.B. Protestbriefe an Unternehmen und Regierungen)
- Ausschöpfen der gesetzlichen Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Informationen: www.cleanclothes.at

Biolandbau und Klimaschutz

Jährlich werden rund 30 Milliarden Tonnen CO₂ durch menschliche Aktivitäten ausgestoßen, ca. 30 % davon durch Landnutzung. Die eine Hälfte dieser ca. 9 Milliarden Tonnen CO₂ stammt direkt aus der Landwirtschaft, die andere wird indirekt durch die Zerstörung der Wälder und Böden verursacht.

Klimaproblem Düngemittel und Futtermittelverkauf: Nicht nur Düngemittel selbst belasten unsere Atmosphäre, auch deren Herstellung schadet der Umwelt. Unsere heimischen Biobauern leisten einen wichtigen Beitrag zum

Klimaschutz, denn sie verzichten vollständig auf Düngemittel, Pestizide und importierte Futtermittel. Somit verursacht biologische Landwirtschaft 60 % weniger CO₂ als herkömmliche Landnutzung.

Biobauern erhalten eine Umwelt mit reinem Wasser, guter Luft, nährstoffreichem Boden sowie gesunden Pflanzen und Tieren und sorgen somit für verbesserte Lebensqualität. Daher ist die Entscheidung für Bio- oder Fairtrade Produkte nicht nur eine Entscheidung für Klima- und Umweltschutz, sondern auch für unsere eigene Gesundheit.

Indigene PartnerInnen vom Rio Negro

Klimabündnis Steiermark

Insgesamt über 800 Gemeinden in ganz Österreich sind mit ihrem Beitritt zum Klimabündnis die Verpflichtung eingegangen, Treibhausgase zu verringern und den Bestand des tropischen Regenwaldes langfristig zu sichern. Durch den Erhalt des Regenwaldes wird auch der Lebensraum der indigenen PartnerInnen des Klimabündnis bewahrt. Die insgesamt ca. 35000 Menschen stammen aus 23 Völkern und besiedeln ein Regenwald-Gebiet, das so groß ist wie Österreich und Slowenien zusammen. Sie haben sich zur FOIRN – der Föderation der indi-

genen Völker des Rio Negro – zusammengeschlossen, da es als Gemeinschaft leichter ist, ihre Anliegen zu vertreten und auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Von den indigenen PartnerInnen kann man erfahren, wie sich der Klimawandel auf ihren Lebensraum auswirkt und wie man über Jahrhunderte nachhaltig leben und wirtschaften kann. Das machen die indigenen Völker, indem sie Ressourcen zwar nützen aber sie nicht ausbeuten und sich damit auch nicht ihre Lebensgrundlage zerstören. Informationen: www.klimabuendnis.at

Ökologischer Fußabdruck

Der ökologische Fußabdruck ist eine einfache Möglichkeit aufzuzeigen, wie sehr sich unsere Lebensweise auf die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten auswirkt. Das Konzept: Alle natürlichen Rohstoffe, die wir zum Essen, Wohnen, Reisen etc. brauchen, benötigen Platz zum Nachwachsen. Die Natur braucht ebenso Ressourcen, um die Abfälle abzubauen. Mit der Methode des ökologischen Fußabdrucks wird dieser Flächenbedarf deutlich gemacht und ein verständliches Bild der ökologischen Grenzen

unseres Planeten vermittelt. Der durchschnittliche Fußabdruck einer/s ÖsterreicherIn beträgt 4,9 gha (Global Hektar). Wenn jeder Mensch auf der Erde denselben Lebensstandard hätte wie wir, bräuchten wir 2,5 Erden. (2003) Der ökologische Fußabdruck setzt sich hauptsächlich aus 4 Bereichen zusammen: Ernährung, Mobilität, Wohnen und Konsum. In allen Bereichen gibt es Potentiale, den Fußabdruck zu verkleinern. Informationen: www.nachhaltigkeit.steiermark.at

Initiativen: FairtradeCODE und Fairtrade-Gastrofinder

Fairtrade Österreich

Hinter allen Fairtrade-Produkten stehen Menschen und ihre Geschichten. Mit Hilfe des **Fairtrade Codes** können Sie ganz einfach rausfinden, von welchen Produzentengruppen ihr Produkt stammt und wie Sie den Bauern und ihren Familien vor Ort durch Ihren Einkauf helfen, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Fairtrade Code ist eine Nummer, die sich auf der Verpackung Ihres Fairtrade-Produktes befindet. Bei Fairtrade-Früchten – wie zum Beispiel Bananen – finden Sie den Code auf dem Aufkleber. Man gibt den

Code auf der Fairtrade-Code Website ein und kann den Produzenten einen virtuellen Besuch abstatten. Man erfährt wo die Bauern und Bäuerinnen leben, wie sie arbeiten und welche Projekte bereits durch die Fairtrade-Prämie finanziert werden konnten.

Auf der Website von Fairtrade Österreich findet man auch den neuen **Gastrofinder**, eine Österreichkarte zum Anklicken mit Gastronomiebetrieben, die Fairtrade-Produkte anbieten.

Informationen: www.fairtradecode.at und www.fairtrade.at

Weltladen Graz

Der Weltladen Graz entstand vor rund 30 Jahren in der Mandellstraße 24 als Reaktion auf die systematische Benachteiligung der sogenannten "Dritten Welt" durch die internationalen Handelsstrukturen. Den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gehen dadurch jährlich mehr als 500 Milliarden Dollar verloren. Die Antwort der Weltläden ist "fairer" Handel. Im Mittelpunkt des "fairen Handels" stehen die Bedürfnisse der Menschen und ihrer Umwelt – in den Ländern des Südens ebenso wie hier bei uns. Mittlerweile gibt es weitere Weltläden im Grazer Citypark und am Tummelplatz sowie auch in Gleisdorf, Fürstenfeld und Bad Aussee. Informationen: www.weltlaeden.at/

Impressum:

Maria Elßer-Eibel
Land Steiermark - Entwicklungszusammenarbeit
Fachabteilung 1E - Europa und Außenbeziehungen
A-8010 Graz, Burgring 4
e-mail. maria.elsser@stmk.gv.at
www.eza.steiermark.at, www.fairstyria.at